

Regierungsstruktur, der Parlamentstätigkeit u. a. bedeuten in Wirklichkeit den weiteren Ausbau der bürokratischen Zentralisierung der imperialistischen Staatsmacht. Die Reform der Bundeswehr mit dem erklärten Ziel, deren „Schlagkraft und Einsatzfähigkeit“ zu erhöhen, dient ebenso wie das „Programm der inneren Sicherheit“ der Perfektionierung des imperialistischen staatlichen Repressivapparates. Diese als Reformen deklarierten Maßnahmen sollen, wie von den rechten Führern der SPD erklärt wird, die „Funktions-“ und „Leistungsfähigkeit“ des Staates erhöhen. Sie bauen objektiv Formen der bürgerlichen Demokratie ab bzw. funktionieren sie für imperialistische Herrschaftsinteressen um. Die sozialreformistische Konzeption ist daher von unüberwindbaren Widersprüchen gekennzeichnet. Wer eine proimperialistische Politik der Reformen des Staates und der Demokratie betreibt und zugleich „mehr Demokratie“, „Mitverantwortung“ und „Teilhabe“ verspricht, verstrickt sich gegenüber seinen Anhängern und Wählern, die eine echte Alternative suchen, in ernste Widersprüche.

Die konservativ-autoritären Kräfte versuchen, einen Ausweg aus der tiefen Krise der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu finden, indem sie die Lasten der wirtschaftlichen Krise auf die Werktätigen abwälzen und die demokratischen und sozialen Rechte der Werktätigen weiter einschränken. Diese „Lösung“ ist ein Ausdruck des verschärften Antidemokratismus und Antikommunismus in der Politik und Ideologie der herrschenden Kräfte; sie gibt den reaktionärsten Kräften des Monopolkapitals Auftrieb. Das Gefährliche einer solchen Entwicklung besteht darin, daß sich auf dem Boden bürgerlich-parlamentarischer Formen autoritäre und faschistische Methoden imperialistischer Herrschaftsausübung miteinander verbinden, daß eine Umfunktionierung von Formen und Methoden des bürgerlich-parlamentarischen Systems bis an die Schwelle des Übergangs zum Faschismus erfolgt. Die Vorbereitung eines möglichen Übergangs zur offenen faschistischen Diktatur kann sich im Rahmen und unter Ausnutzung von Formen und Methoden des bürgerlich-parlamentarischen Systems durch die reaktionärsten imperialistischen Kräfte vollziehen.

Mit den Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis sind zwar die Möglichkeiten der reaktionärsten imperialistischen Kräfte, faschistische Herrschaftsmethoden anzuwenden, eingeengt. Zugleich haben sich jedoch im Zusammenhang mit dem Versuch dieser Kräfte, die Repression im Innern zu verstärken sowie die Rückkehr zum kalten Krieg in den internationalen Beziehungen zu betreiben, auch die faschistischen Aktivitäten erhöht.

### *Kampf der Arbeiterklasse in kapitalistischen Ländern um Demokratie*

Die Fragen, welche gesellschaftspolitische Alternative die Kommunisten als die bewußte Kraft der Arbeiterklasse zum Niedergang der bürgerlichen Demokratie besitzen, wie die Demokratie beschaffen sein soll, die die Kommunisten vorschlagen, und wie die Wege dahin aussehen, spielen im politischen und ideologischen Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern eine entscheidende Rolle. Für die revolutionäre Arbeiterbewegung war und ist die Stellung zur bürgerlichen Demokratie und die Frage nach der Alternative zur Krise der bürgerlichen Demokratie stets in die Frage nach den Wegen der Heranführung der Massen an die grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltungen, nadi den Wegen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeordnet.

Eine wichtige Frage, die auch in den Materialien der internationalen kommunistischen Bewegung eine wesentliche Rolle spielt, betrifft die Dialektik zwischen der konsequenten Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten, die von der Arbeiterklasse unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie erkämpft werden konn-

ten, und dem Kampf um eine neue Demokratie, die den Weg zum Sozialismus eröffnet.

Die konsequente Verteidigung und Erweiterung der von der Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Länder erkämpften demokratischen Rechte und Freiheiten ist angesichts der sich verstärkenden Angriffe der Monopole auf die sozialen und politischen Errungenschaften der Werktätigen von großer Bedeutung. Die Autorität der Kommunisten unter den Werktätigen der kapitalistischen Länder beruht im starken Maße darauf, daß sie an der Spitze des Kampfes um die Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte stehen. Eine unabdingbare Aufgabe der Kommunisten ist es aber auch, deutlich zu machen, daß dies keine demokratischen Rechte an sich sind noch jemals sein können, sondern Rechte, die der Monopolbourgeoisie abgerungen wurden und ständig gegen den Widerstand der Monopole verteidigt werden müssen.

Die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern verwenden den Begriff der „demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft“, mit dem zum Ausdruck gebracht werden soll, daß im Ergebnis einer grundlegenden Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses und grundlegender gesellschaftlicher Umgestaltungen eine neue Demokratie antimonopolistischen Charakters geschaffen werden soll, die den Weg zum Sozialismus eröffnet und Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus ist.

Die präzise marxistisch-leninistische Bestimmung des Wesens der „demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft“ erscheint um so notwendiger, als sich, wie im Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas von 1976 festgestellt wird, im ganzen kapitalistischen Europa die Bewegung der Werktätigen, die danach streben, demokratische Veränderungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens herbeizuführen, erweitert hat und Millionen Werktätiger neu in den demokratischen Kampf einbezogen werden.<sup>8</sup>

Unter den zuungunsten des Imperialismus veränderten Bedingungen des internationalen Kräfteverhältnisses haben sich die Möglichkeiten für breite antimonopolistische Bündnisse und für eine Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern verstärkt. Aus der Tatsache, daß eine starke revolutionäre Arbeiterbewegung und breite Massenaktionen eine Erweiterung demokratischer Rechte für die Werktätigen erzwingen können, kann aber auch die Illusion entstehen oder bekräftigt werden, der Sozialismus werde durch die bloße Erweiterung oder Summierung der in der bürgerlichen Demokratie errungenen Rechte geschaffen. Das sind ihrem Wesen nach opportunistische Auffassungen.

Unter den Bedingungen des Imperialismus und der Krise der bürgerlichen Demokratie kann der Kampf um Demokratie nicht auf die Verteidigung der erkämpften demokratischen Rechte im Rahmen der bürgerlichen Demokratie beschränkt sein, sondern muß, um die Voraussetzungen für dauerhafte demokratische Verhältnisse zu schaffen, auf die Einschränkung und sehließliche Überwindung der Macht der Monopole gerichtet sein.<sup>1 2 3 4 5 6 7 8</sup>

1 W. I. Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus“, in: Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.

2 W. I. Lenin, a. a. O., S. 43.

3 W. I. Lenin, „Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow)“, in: Werke, Bd. 23, a. a. O., S. 14.

4 Vgl. z. B.: Die Zeit (Hamburg) vom 8. März 1974, S. 2; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 1974; Der Spiegel (Hamburg) vom 13. Mai 1974, S. 74; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. April 1977, S. 10.

5 W. I. Lenin, „VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare“, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 495.

6 L. I. Breschnew, „Über den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR“, ND vom 6. Juni 1977, S. 3.

7 Zitiert nach G. Rafiani, „Die Krise der bürgerlichen Demokratie“, Sozialismus - Theorie und Praxis 1976, Heft 9, S. 124.

8 Vgl. Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (Berlin, 29. und 30. Juni 1976), Dokumente und Reden, Berlin 1976, S. 20.